

Darmstadt 1945 – Das Jahr der Befreiung

Herzlich willkommen zu unserer Veranstaltung im Rahmen der Gedenkveranstaltungen 2015 der Stadt Darmstadt hier im Literaturhaus.

Wir haben Sie zu einem „Lesung mit Bildern“, einem Mosaik eingeladen, mit dem wir die Ereignisse des Jahres 1945 in Darmstadt mit Texten und Bildern in Erinnerung rufen wollen –

- nicht für das ganze Jahr 1945, versteht sich, sondern einige exemplarische Schwerpunkt von damals, die hier und da verschwommen, manchmal auch genauer im Gedächtnis der Älteren geblieben sind - oder auch in Form der Weitergabe an später Zugezogene und an Nachgeborene. Dieser Rückblick soll heute etwas schärfer und mit optischen Ergänzungen vor Augen geführt werden.

Wir – das sind Mitglieder der Darmstädter Geschichtswerkstatt, das sind Schüler_innen aus einem Geschichtsleistungskurs und Lehrer der Bertolt-Brecht-Schule.

Vorausschicken wollen wir unseren Dank an zwei Adressen:

Herr Dr. Knieß vom Stadtarchiv Darmstadt hat uns geduldig und bewundernswert beraten, uns auch in großzügiger Weise Material des Archivs zur Verfügung gestellt, nicht zuletzt Fotos und Dokumente, die wir heute präsentieren können. Für seine Beratung und Hilfeleistung herzlichen Dank!

Bei Moritz Neumann, dem langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, möchten wir uns sehr persönlich und besonders herzlich bedanken, denn von ihm stammt aus seinem Lebensabschnitt als Redakteur des „Darmstädter Echo“ (also vor 30 und mehr Jahren) die Artikelserie „1945 – nachgetragen“, die mit der DE-Ausgabe vom 16. März 1985 begonnen hat. Deren Originale sind im Stadtarchiv zugänglich. Die Artikelserie ist 1995 als Buch erschienen und wurde in den letzten Wochen zur spannenden Lektüre im Leistungskurs Geschichte der BB-Schule – und für uns alle zu einer unschätzbaren Fundgrube.

Wir haben unsere Vorbereitung in ungefähr zehn Abschnitte eingeteilt, die aber bei der Präsentation zum Teil ineinander übergehen. Die Quellen, aus denen wir lesen, können wir Ihnen auf Nachfrage gerne nennen.

Wenn Sie zum Schluss unseres Mosaiks Fragen oder Ergänzungen beitragen wollen, sind Sie herzlich dazu eingeladen.

Station 1: Agonie des Naziregimes, letzte Aufrufe, letzte Verbrechen

Moritz Neumann, damals Redakteur des „Darmstädter Echo“ beginnt im März seine Einleitung u.a mit folgender Beschreibung:

„März 1945, welch eine Zeit... das Ende des Dritten Reichs ist nahe... Hoffnung, dass nun endlich Schluss sein möge bei den einen. Markige Durchhalteparolen noch immer, bei den anderen. Bis zuletzt, bis wenige Stunden vor der Ankunft der Amerikaner in Darmstadt stolzieren die höheren Chargen der örtliche Parteiszene noch immer goldbetresst durch die Straßen der gepeinigten, der ruinierten Stadt. Während jenseits des Rheins, knapp eine Panzerstunde entfernt, der Krieg und mit ihm das Regime der Mörder seinen Atem aushaucht...“ (Quelle: Neumann, S. 13/14)

Aber bis zuletzt wird gemordet.

Der Untergang des Naziregimes hatte lange vor der bedingungslosen Kapitulation und lange vor der regional unterschiedlich stattfindenden Befreiung eingesetzt. Doch wuchs sich dieser Untergang in der Agonie der letzten Wochen und Monate zu einem neuen Inferno des Mordens und des Terrors aus. Die Verbrechen der „letzten Stunde“ fanden an tausenden Orten, in Städten und Dörfern oder auch vor deren Toren statt. Darmstadt und seine Region machten keine Ausnahme.

Adolf Hitler hatte im September 1944, als die deutschen Armee den Alliierten nichts mehr entgegensetzen hatten, die „Führer aller Grade“ aufgerufen, dass nun der Fanatismus in jede Stadt, in jedes Dorf zu tragen und dieser Fanatismus in der Bevölkerung geweckt und ständig zu steigern sei.

Die regional verantwortlichen Gauleiter wurden danach zu Reichsverteidigungskommissaren ernannt. Jakob Sprenger, der hessische Gauleiter verfügte in einem geheimen Befehl vom 15. Februar 1945 – hier einige Auszüge:

*„NSDAP-Gauleitung, Hessen Nassau, Frankfurt, den 15. Februar 1945
(Geheim) – Az.II/35 B5768g*

*An die Herren Kreisleiter des Gauess Hessen-Nassau!
Betr.: Vorgehen seitens der Partei zur ‚Inschachhaltung‘ der Volksgenossen bis zum
Kriegsende
Bezug: Befehl der Parteikanzlei vom 10. Februar 1945 (Geheim)*

*Ich ersuche die Herren Kreisleiter bei der nächsten Dienstbesprechung mit den
Herren Ortsgruppenleitern folgendes zu besprechen und weise hiermit gleichzeitig auf
die Geheimhaltung und das radikale Vorgehen bei diesen Maßnahmen hin.
... (es folgen Ziff. 1 – 3, danach folg)*

*4. Die Herren Ortsgruppenleiter müssen jeden Volksgenossen in Schach halten und
müssen unbedingt dafür sorgen, dass jeder den Kopf hochhält bis zur letzten Stunde,
denn wenn hinter der Front der Mut und die Wut gegen die Feinde sinkt, dann geht
der Krieg für uns verloren...*

*7. Ich gebe hiermit den Befehl, Volksgenossen, die sich bei Annäherung des Feindes
nicht verteidigen oder die Flucht ergreifen wollen, rücksichtslos mit der Waffe
niederzuschießen oder wenn es angebracht ist, zur Abschreckung der Bevölkerung mit
dem Strang hinzurichten.*

Gez. Sprenger, Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar“

(Quelle: Im Anblick ihrer Heimat, Unterrichtsmaterialien, Hess. Institut für
Lehrerfortbildung, Gross-Gerau, 1997, S. 29)

Am Kornsand, am rechtsrheinischen Landeplatz der Fähre gegenüber von Nierstein,
vollzogen fanatisierte Befehlsempfänger am 18. März 1945 diesen Mordauftrag.

*„Die Amerikaner hatten längst schon auf der linken Rheinseite Stellung bezogen, ...
da glaubten die fanatischen Parteisoldaten der NSDAP noch immer an Wunderwaffen*

und Endsieg. In einem letzten mörderischen Akt . erhoben sie sich zu Blutrichtern über Leben und Tod.

Einer von ihnen war Hans Kaiser, ein 18 Jahre alter Leutnant, der am 21. März, nur wenige Stunden vor der Ankunft amerikanischer Panzer, am Kornsand im Ried noch sechs Menschen mit Genickschüssen tötete: ...

Warum die sechs sterben mussten? (Einer von ihnen) wurde als angeblicher Deserteur ,gerichtet', ... Die anderen fünf, an denen nicht einmal mehr die Gestapo in Darmstadt interessiert gewesen war, wurden von einem Niersteiner Mitbürger denunziert. (Dem Gauschulleiter) Schniering reichte die bloße Denunziation. Er schwang sich zum Richter auf ...,

Die sechs Todgeweihten mussten noch ihr eigenes Grab schaufeln. Dann ließ Kaiser sie antreten, zog seine Pistole und drückte sechsmal ab...“ (Quelle: Neumann, S. 45f)

Die Darmstädter Gestapo hatte in der Bombennacht am 10./11. im September 1944 ihr Hauptquartier verloren und danach ihre Dienststelle nach Bensheim verlegt. Von dort aus setzte sie ihren Terror bis zu jenen Mordtaten im März 1945 am Bensheimer Kirchberg fort:

Am 23. März hatte ein Standgericht der Wehrmacht in Bensheim noch drei junge Soldaten wegen Fahnenflucht hinrichten lassen.

Am 24. März 1945, drei Tage vor der Befreiung durch die amerikanischen Truppen, trieb die Gestapo 14 Gefangene vom Amtsgericht Bensheim aus in Dreierreihen durch die Stadt zur Hinrichtungsstätte im Wald, wo heute ein Gedenkstein an die Untat erinnert, der zwölf Menschen zum Opfer gefallen sind - unter ihnen solche jüdischer Abstammung, eine junge Antinazi-Aktivistin aus Offenbach, ein polnischer Zwangsarbeiter, ein angeblich desertierter Soldat, Angehörige der verbotenen SPD und KPD, und weitere, bis heute unbekannt Gebliebene. Ein polnischer und ein russischer Häftling hatten entkommen können.

Nicht genug: noch am Abend des gleichen 24. März ermordeten wiederum Angehörige der Bensheimer Gestapo auch noch zwei amerikanische Kriegsgefangene, die sich nach dem Abschuss ihres Flugzeugs mit dem Fallschirm hatten retten können und zu ihrem Unglück bei der Bensheimer Gestapo eingeliefert worden waren. Sie wurden im Garten, der zum Gestapo-Gebäude gehörte, erschossen und verscharrt.

Nach ihren heimtückischen Taten machten sich die Mörder aus dem Staub und flohen. (Quelle: nach Kiltau/Krämer, 3 Tage fehlten bis zur Freiheit)

Frau Emi Bauer aus Arheilgen, erinnerte sich im März 1995, 50 Jahre nach der Befreiung:

„... schon wieder heulten Sirenen... auf der Straße herrschte Lärm. Wir schauten vorsichtig aus dem Fenster. Eine Gruppe junger Männer kam vom Rhein, wo sie Graben ausgehoben haben, die die Amis aufhalten sollten. Ein Arbeitsdienstführer fuchtelte mit dem Revolver herum und schrie ‚Ihr Feiglinge – aufstehen!‘ Meine Mutter dachte an ihre beiden 17- und 18-jährigen Enkel, die kurz zuvor gefallen waren. Sie weinte uns sagte immer wieder ‚die armen Buben...‘ Wir durften sie nicht hereinlassen, sie mussten sich aufraffen und zum Arbeitsdienstlager marschieren, das sich in der Gräfenhäusener Straße befand. Die erschöpften Jungen mussten auf der

Frankfurter Chaussee zur Bayerseiche marschieren, verfolgt von Tieffliegern. Vor dem Wald, im Chausseegraben, lagen sie dann – tot. Welch ein Wahnsinn – einen Tag vor Ende des Kriegs.“ (Quelle: Arheilger Post, 23. März 1995)

Station 2: Befreiung März 1945

In der Nacht vom 22. auf 23. März 1945 setzten drei US-Bataillone unter dem Kommando von General George S. Patton bei Oppenheim über den Rhein.

Weder die aus Griesheim noch aufgestiegenen Maschinen der Luftwaffe, noch die weit unterlegenen, notdürftig ausgerüsteten „Volkssturmkompanien“, das letzte zusammen gewürfelte Aufgebot der Nazis, konnten den Vormarsch aufhalten.

Noch am 23. März 1945 verkündete die letzte Ausgabe der NSDAP-Tageszeitung für Darmstadt, Groß-Gerau, Bergstraße und Odenwald:

„Unsere Sicherungen in Rheinhessen haben sich nach dem Abschuss von zahlreichen Panzern von Selz auf den Brückenkopf Mainz zurückgekämpft, den der Feind seit heute heftig angreift. Bei Oppenheim wurden feindliche Panzerspitzen vernichtet. In Worms wird erbittert gekämpft. In Bingen dauern die Straßenkämpfe noch an“.
(DE 16.3.1985)

Mit gleichem Datum verkündete die amerikanische Zeitung Stars and Stripes:

„... Ohne einen einzigen Schuss abzugeben, hat die 3. Armee im Schutz der Nacht den Rhein überschritten“. (ebda.)

Auch der letzte Gauleiterbefehl vom 23. März an die Gemeinden östlich des Rheins: *„alle Einwohner sollten sich mit Rucksackverpflegung in Richtung Osten absetzen“* wurde kaum befolgt. Trotz noch vorhandener Gefahr durch fanatische Nazis wurde in den meisten Dörfern die weiße Fahne gehisst.

Während die US-Truppen aus drei Richtungen auf Darmstadt vorstießen – im Norden über Wixhausen und Arheilgen, im Süden über Crumstadt, Hähnlein und Eberstadt und auf der direkten Marschroute bis Griesheim, spielten sich in der Stadt folgende Szenen ab, die schließlich zur kampflosen Übergabe der Stadt führten.

Nazigrößen wie Kreisleiter Schilling und OB Wamboldt hatten die Stadt bereits am 22. März verlassen und die Verantwortung an den Stadtverwaltungsdirektor Karl Huck und an Heinrich Krauth, Hauptmann der Schutzpolizei, übergeben; Kampfkommandant der Stadt war Major von der Hoff, der noch den Befehl für das letzte Aufgebot an die Front gegeben hatte.

Die Kapitulation:

Bereits am frühen Morgen des 23. März hisste die Darmstädterin Thea Friedrich eine erste weiße Fahne auf dem Langen Ludwig, die allerdings von deutschen Soldaten wieder heruntergeholt wurde. Gegen 7 Uhr fuhr der nach Darmstadt dienstverpflichtete Metzgermeister Hans Lenhard aus Mainz-Kastel auf der Suche nach seiner evakuierten Familie Richtung Griesheim und traf auf die Panzerspitze der US-Armee. Auf seine Beteuerung hin, dass sich die deutschen Kampfgruppen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen hätten, übergab ihm der Kommandant ein Schreiben mit

der Aufforderung zur Kapitulation, das er zunächst in das Polizeirevier zu Heinrich Krauth und von dort zu Karl Huck in die provisorische Dienststelle der Stadtverwaltung in der Diesterwegschule brachte. Gemeinsam führen Huck und Lenhard zur Panzersperre, die mit 100 Mann an der Ecke Rhein-Neckarstraße stand und von Oberleutnant Carl Heinrich Rütthlein befehligt wurde. Rütthlein befahl die kampflöse Räumung der Sperren, Major von der Hoff gab schließlich den Räumungsbefehl des Richthofenbunkers am Hauptbahnhof (den heutigen Mozartturm) und übergab die Stadt gegen 15 Uhr den Amerikanern.

Zur Übergabeverhandlung im Polizeirevier gegen 16 Uhr holte Heinrich Krauth Wilhelm Weinberger, Pfarrer der evangelischen Johannesgemeinde und Wilhelm Michel, katholischer Pfarrer von St. Elisabeth, die den unbelasteten, 1933 entlassenen Rechtsanwalt Ludwig Metzger als Bürgermeister vorschlugen, der von den Amerikanern unmittelbar als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt wurde.

In seinen Erinnerungen schrieb Ludwig Metzger:

„Als ich aus dem Schloss ins Freie trat, fiel die ganze Schwere der Entscheidung auf mich“.

Der mutige Metzgermeister Hans Lenhard wurde 1965 mit der Silbernen Verdienstplakette, der höchsten Auszeichnung der Stadt geehrt.

Station 3: Anfänge der Selbstverwaltung

Dem Beginn der Selbstverwaltung vorausgegangen waren die Proklamationen und Verordnungen der Militärregierung.

Eisenhowers Proklamation 1:

Oberstes Ziel dieser Proklamation war die Ausrottung von Nazismus und Militarismus
Hier ein Auszug aus dieser Proklamation:

„Die alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben“.

Weitere Priorität hatte die Befreiung der alliierten Kriegsgefangenen, die Befreiung der Zwangsarbeiter, sowie die Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen, die von der amerikanischen Armee-Illustrierten „Army Talk“ folgendermaßen beschrieben wurden:

„Die Deutschen sind apathisch und voller Selbstmitleid... es ist eine geschlagene Nation, dessen Bürger zumeist passiv und apathisch erscheinen, aktiv nur in ihrer Hingabe in einer Orgie von Selbstmitleid.“ (DE 22. Juni 1945)

Die Proklamation Nr. 2 zur Gründung von „Großhessen“ wird in einem späteren Abschnitt behandelt.

Für alle Armee-Angehörige galt das Verbot der Fraternisierung, das allerdings – wie man sieht – nicht unbedingt eingehalten wurde. Deutsche „Fräuleins“ gefielen auch US-Soldaten.

Der Beginn der Selbstverwaltung in Darmstadt

Ludwig Metzger wurde am 25. März mit der Leitung der Stadt zunächst als kommissarischer Bürgermeister betraut und berief weitere unbelastete Männer in die neu aufzubauende Stadtverwaltung: Julius Reiber, den 1933 zwangspensionierten Rektor der Ballonschule und demokratischen Abgeordneten im Volksstaat Hessen, als seinen Stellvertreter und Stadtschulrat; den 1933 gleichfalls entlassenen Stadtdirektor Julius Schraut als Personalreferenten und stellvertretenden Direktor der Hauptverwaltung und Georg Reibold als Polizeipräsidenten.

Dazu Ludwig Metzger:

„Nach Anordnung des flüchtigen Polizeipräsidenten Dr. Buechel wurden alle Akten, Einwohnermelderegister und sämtliche Fahrzeuge vernichtet oder auf die Flucht mitgenommen. Das Polizeiwesen musste vollständig neu aufgebaut werden.“
(Metzger: DE 13. April 1985)

Ludwig Bergsträßer, Historiker und früherer Reichstagsabgeordneter, unterstützte die Stadtverwaltung als Verbindungsmann zur Militärregierung, bis er von dieser am 8. Mai 1945 als Präsident der „Deutschen Regierung der Provinz Starkenburg“ eingesetzt wurde, die ihren Sitz in der ehemaligen Handelskammer in der Rheinstraße hatte..

Am 14. Mai 1945 nahm unter Oberbürgermeister Metzger ein neunköpfiger „Stadtausschuss“ die Arbeit auf, in den vorwiegenden Sozialdemokraten und Kommunisten einberufen worden waren.

Das Verhältnis zwischen Militär- und Stadtverwaltung war nicht einfach, die Schwierigkeiten der ersten Nachkriegszeit kaum vorstellbar: kein Strom, kein Gas, keine Lebensmittel (die hatten die geflohenen Nazis ebenfalls mitgenommen), keine Schule, Plünderungen von Wehrmachtsdepots, Ausgangssperren, die Requirierung der wenigen von Bomben verschonten Häuser durch die US-Army, die herumirrenden befreiten Zwangsarbeiter, die sog. „Displaced Persons“.

Die amerikanischen Leiter der Spezialabteilungen zur Reorganisation des Lebens berichten:

„.... Noch immer waren da die aus allen europäischen Ländern verschleppten Sklavenarbeiter, deren Zukunft geregelt werden musste. Die Polizei musste schnell reorganisiert werden, es gab Verwaltungs-, Gesundheits-, Steuer-, Rechts- und Transportprobleme. Eine der wahrscheinlich dringendsten Pflichten nach unserer Ankunft in Darmstadt war die Befreiung der Gefangenen in den Internierungslagern der Gegend, von denen es drei gab: Darmstadt, Dieburg und das Rollfeld. Eine Kommission wurde eingesetzt, die Fälle der Gefangenen schnellstens durchzusehen und all jene freizulassen, die wegen politischer Anklage in den Lagern saßen.“

Die Kommission hat am 28. März angefangen: nach einem Monat wurden 850 Häftlinge freigelassen oder in DP-Lager gebracht.

Hier exemplarisch einige Anordnungen, Verordnungen und Verbote der Stadtverwaltung:

Aufhebung von Passierscheinen und von der Militärregierung angeordnete Ausgehbeschränkungen

Zuzugsregelung

Änderung von Straßennamen, Kontrolle von Wohnungen, Verbot von Nazi-Gruß und –Symbolen

Zu den wichtigsten Verordnungen, die die Lebensmittelversorgung und die Trümmerbeseitigung betreffen, kommen wir in einem späteren Kapitel

Station 4: Wer kam nach der Befreiung zurück nach Darmstadt – und wer nicht?

Aus den Lagern kamen zurück:

Politische Häftlinge, die das KZ Buchenwald überlebt haben:

Zwei Rückkehrer von ungefähr 50 Häftlingen, die von der Gestapo in den Jahren zuvor dorthin deportiert waren nennen wir – stellvertretend für andere - mit Namen:

Alexander Haas, verheiratet in einer sog. Mischehe, dessen Mutter im KZ Theresienstadt zu Grunde gegangen war, wurde selbst „als jüdischer politischer Häftling“, wie er in der Lagerliste bezeichnet wurde, 1943 in das KZ Buchenwald verschleppt. Ende April 1945 wurde er mit 3.000 anderen Häftlingen auf einen der Todesmärsche geschickt und konnte entkommen. Im Mai kehrte Alexander Haas zu seiner Familie nach Darmstadt zurück und wird ein Jahr später zu den Gründern der neuen Jüdischen Gemeinde, die es nach Vertreibung und Deportationen nicht mehr gab.

Karl Becker, als Kommunist 1942 in Gestapo-Haft, misshandelt, 1943 bis zur Lagerbefreiung 1945 im KZ Buchenwald, kam im Mai 1945 nach Darmstadt zurück (er steht auf dem vorher gezeigten Zeitungsausschnitt)

Über 20 – so besagt eine „Sterbeliste“ des früheren Lagers – sind dort umgekommen, ermordet worden

Aus dem *KZ Dachau*, in dem fast 100 Männer aus Darmstadt inhaftiert waren (viele von ihnen nach dem misslungenen Attentat auf Hitler 1944 – der Aktion Gitter), ist eine größere Zahl Anfang Mai 1945 von den Alliierten befreit und danach nach Darmstadt zurückgekehrt – unter ihnen

Jakob Kern, der frühere SPD-Vorsitzende in Darmstadt. Als er 1947 die inhaltliche Kooperation mit der KPD forderte, wurde er aus der SPD ausgeschlossen.

Heinrich Delp, Bürgermeister in Darmstadt bis 1933, er wurde befreit, aber er kam nicht zurück: am 14. Mai 1945 starb er in Dachau in einem amerikanischen Lazarett - an den Folgen der Haft.

Zurückgekehrt sind nach unserem Wissen 1945 auch jüdische Frauen aus dem KZ Theresienstadt – unter ihnen

Frieda Göttmann aus Eberstadt, die als jüdische Partnerin einer sog. Mischehe noch im Februar 1945 dorthin deportiert worden war – sie fasste in Darmstadt nicht wieder Fuß und ist bald nach ihrer Rückkehr in die USA ausgewandert.

Viele mussten nach der Machtergreifung fliehen. So

Karl Heinz Spalt (Keith Spalding). Er kam noch einmal 1945 nach Darmstadt – es blieb bei diesem einen Besuch, er kehrte in sein Emigrationsland England zurück und fand dort beruflich und persönlich seine zweite Heimat.

Von den 1943 mit ihren Familien nach Auschwitz deportierten *Sinti-Familien* sind die Allermeisten dort oder in anderen Lagern, auch auf Todesmärschen ermordet worden.

Georg Wick wurde – obwohl er kein Sinto war – 1943 verhaftet und überlebte die KZs Flossenbürg und Mauthausen. Als er 1945 nach Darmstadt zurück kam begann er die Suche nach seiner 9-köpfigen Familie, die im sog. Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau deportiert und dort bis auf seinen Sohn Martin und die Tochter Wilhelmine umgebracht worden war. 1946 fand er den 15-jährigen Martin in Hamburg und holte ihn nach Darmstadt. Auch einige wenige Mitglieder anderer Sinti-Familie – unter ihnen Sophie Gärtner, Alwine Keck – kehrten nach Darmstadt zurück.

Aufruf des „*Hilfswerks für politische Gefangene*“ (Juni 1945) gezeichnet von Bergstäßer, Metzger, Reiber sowie die Pfarrer Michel und Weinberger.

„Wir wollen den noch lebenden Opfern der Konzentrationslager usw. und ihren notleidenden Angehörigen helfen. Sie sollen wieder gesund werden, zu Brot und Arbeit kommen und sich ihr Leben neu aufbauen können. Wir fordern deshalb alle anständigen und hilfsbereiten Deutschen auf, uns Wäsche, Kleider, Schuhe, Einrichtungsgegenstände und Geld zu geben und danken allen jenen im voraus, die trotz der eigenen Not takräftig mithelfen wollen! Die gerechte Verteilung der Spenden wird durch einen Ausschuss von kirchlichen, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Persönlichkeiten ehrenamtlich vorgenommen werden.“

Zurück kamen auch jene, die für das NS-Regime in den Krieg gezogen waren - und dies überlebt hatten.

In der Ruinenstadt Darmstadt lebten im Frühjahr 1945 ca. 50.000 Menschen, um die 12.000 Darmstädterinnen und Darmstädter, aber auch Wehrmichtsangehörige und viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter fielen den Bombenangriffen des Jahres 1944 zum Opfer, ungefähr 60.000 obdachlose Einwohner hatten im Umland – vor allem im Odenwald und an der Bergstraße – Zuflucht gefunden. Sie kamen langsam wieder zurück

Und wer kehrte nicht zurück in seine ehemalige Heimatstadt?

Die Toten sind nicht mehr zurückgekehrt- viele hundert deportierte Juden und Sinti, die aus Darmstadt in die Todeslager geschafft worden sind; nicht die vielen psychisch Kranken und , Behinderten, die in Hadamar ermordet worden waren; nicht die Vielen, die vertrieben worden sind und schließlich in ihrer neuen Heimat festen Boden unter den Füßen gefunden haben.

Zurückgekehrt sind auch nicht jene, die für das NS-Regime in den Krieg gezogen waren und dies nicht überlebt haben.

Station 5: *Alltag*: Trümmerbeseitigung, Wohnen, Versorgung

1. Trümmer

Ekkehard Wiest erzählte im DE, dass die Menschen erst einmal niedergeschlagen und hoffnungslos waren, dass sie Zukunftsangst hatten, selbstverständlich Trauer über verlorene Menschen verspürten und die materielle Verluste beklagten. Keiner hätte gewusst wie es weitergehen soll.

Aber es gab zu tun. Die Trümmer mussten abtransportiert werden.

Die Trümmer wurden von Hand auf Wagen geladen und zum Sammelpunkt transportiert, dabei mussten Mann und auch Frau mithelfen.

Wo heute die Berliner Allee verläuft, entstand ein riesiger Trümmerberg.

2. Wohnungen

Viele suchten ein Dach über dem Kopf. „Tausende hausten in Notunterkünften, Kellern und Gartenhütten.“

3. Essen

Und alle suchten etwas zu essen:

„Gegen die Hungersnot mussten die Männer der deutschen Verwaltung in Darmstadt ankämpfen. Man war von jeder Zufuhr abgeschnitten. Die Bevölkerung suchte auf den Abfallhalden der Amerikaner nach noch genießbaren Resten weggeworfener Lebensmittel. Ein Stück hartes Brot war mehr wert als ein Goldbarren.“

Denn die Lebensmittel waren durch die Militärbehörde streng rationiert, d.h. sie wurden nach Kalorienbedarf verteilt:

Unter 3 Jahren	1000 kcal.
Von 3 - 5 Jahren	1250 kcal.
Von 6 - 9 Jahren	1500 kcal.
Von 10 – 17 Jahren	1600 kcal.
Werdende Mütter	2200 kcal.
Normalverbraucher	1150 kcal.

Aber nie mehr als 75 gr. Fette und 175 gr. Fleisch pro Woche.

Die Verteilung der Lebensmittel wurde wegen Gefahr der Plünderung überwacht.

Und für die Ladeninhaber gab der Oberbürgermeister bekannt: „Der Kleinverteiler ist [...] verpflichtet, die ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen.“

Das amtliche Mitteilungsblatt der Stadt Darmstadt vom 20. Oktober 1945 informierte, dass *„um allen Einwohnern der Stadt, die keine Gelegenheit zur Bereitung warmer Mahlzeiten haben, den Bezug wenigstens einer warmen Mahlzeit für die Dauer des bevorstehenden Winters sicherzustellen, bereitet die Stadt Darmstadt in Verbindung mit dem Hess. Hilfswerk eine Massenspeisung vor, an der teilzunehmen berechtigt sein sollen:*

Alle, die nachweislich keine Kochstelle oder kein Brennmaterial haben, alle, die aus sonstigen Gründen (Krankheit, hohes Alter und dergleichen) nicht im Stande sind, sich selbst zu versorgen,

alle, die aus beruflichen Gründen auf fremde Versorgung angewiesen sind und nachweislich keinen anderen Tisch finden können.

4. Geschäfte

Die Geschäfte öffneten 1945 wieder ihre Ladentüren: Allerdings, ohne Lebensmittelmarken bekam man nichts.

5. Arbeit

„Schlecht gefahren war besser als gut marschiert. Die Straßenbahn kam wieder auf Touren.

„Der Lohn war schlecht“, erzählte Heinrich Dächert.

Er kam im September 1945 zur HEAG und verdiente wie viele andere Neulinge in der Verkehrsabteilung zunächst als Schaffner sein Geld. 54 Pfennig Stundenlohn waren immerhin etwas.“

Denn wer keine Anstellung hatte, war aufs „Plündern, Schnorren und Gärtnern angewiesen“.

Eine der wirklich harten Währungen waren Zigaretten:

6. Schule

Für das Essen in der Schule sorgten die Quäker:

„An den Schulen Darmstadts und seinen Vororten herrschte am Montag eine besonders spannungsvolle Stimmung. Sollte doch zum ersten Male die Kinderspeisung angeboten werden, die die Militärregierung durch Verfügbarkeitmachung der erforderlichen Lebensmittel für über 7000 Darmstädter Schulkinder möglich gemacht hat. Der Stadtverwaltung war es im letzten Augenblick gelungen, etwa 6000 Becher anzukaufen, so dass fast jedem Kind ein Geschirr ausgehändigt werden konnte.“

Der Zustand der Schulen war allerdings katastrophal:

„Blanke Kabel, feuchte Wände und auf der Toilette Seuchengefahr – Kein Heft, kein Buch“

dafür Mithilfe beim Kampf gegen den Kartoffelkäfer. Aufgerufen hatte dazu das Schulamt. Es sorgte ebenso dafür, dass die Schulen von nationalsozialistischen und militaristischen Schriftwerken ‚geräumt‘ wurden.

Damit begann der Unterricht an den höheren Knaben- und Mädchenschulen am Montag dem 15. Oktober.

7. Neues Leben

Doch neues Leben keimte wieder in Darmstadt:

- Im Keller der Bockshaut wurde man wieder bewirtet, die Musik kam in Schwung:

Hier das Foto, aufgenommen im amerikanischen Stork-Club in der Krone. Ein Darmstädter war auch dabei: Am Klavier: Helmut Duyster. (*doister*)

- Das Theater und das Kino ließen das Leben für kurze Zeit draußen.

Station 6

- **Erste Sühnemaßnahmen für Verbrechen während der Nazi-Zeit**
- **beginnende Entnazifizierung**

Hatten ehemaligen Funktionsträger und Mitglieder der NSDAP nach der Befreiung Schwierigkeiten zu erwarten? Wurden sie zur Rechenschaft gezogen? Reagierte die amerikanische Besatzungsmacht z. B. auf Verbrechen, die an Kriegsgefangenen begangen worden sind

„Keiner will heute mehr Nazi gewesen sein“, schrieb der Heppenheimer Landrat Dr. König damals. “

Walter d’Hooge, Kulturberater der provisorische Regierung Bergsträßer, erinnert sich ebenso:

„Es setzte eine riesige Völkerwanderung ein. Wer Dreck am Stecken hatte, tauchte unter und setzte sich in andere Gebiete ab. Dafür tauchten hier Leute auf, die keiner kannte, die also auch nicht belastet waren. Plötzlich gab es keine Nazis mehr – ein Phänomen“.

Viele kleine und große Nazi Größen hatten sich vor dem Einmarsch der Alliierten in Wehrmachtsuniformen gesteckt und unter das deutsche Militär gemischt, um nicht als NS-Funktionäre, sondern als „Soldaten“ in Gefangenschaft zu geraten. Andere hatten sich jeder Rechenschaft durch Selbstmord entzogen – so der frühere Gauleiter Jakob Sprenger und der Darmstädter Nazi-Oberbürgermeister, Otto Wambold. Der NS-Kreisleiter Carl Schilling, von Beruf Arzt, schaffte es, unter falschem Namen unterzutauchen und bis zu seinem Lebensende in Niedersachsen unbehelligt eine Arztpraxis zu führen.

Im Nachhinein fast absurd wirkt eine Bekanntmachung des Darmstädter Polizeipräsidenten, Wonach NS- Fahnen und –Symbole „ bis 20.Juli“ abzuliefern seien – plötzlich kontaminierter Sperrmüll, bis vor wenigen Monaten noch Symbole allgegenwärtiger Macht der Nazipartei:

Es ging allerdings schon in den ersten Monaten nach der Befreiung in doppeltem Sinn auch um Leben und Tod – um die Sühne für Mordtaten, die 1944 in Rüsselsheim verübt worden waren. Sie kamen im Juni 1945 in Darmstadt vor Gericht.

Die Frankfurter Rundschau berichtete in ihrer Ausgabe Nr. 2 vom 4. August 1945:

„Darmstadt, 3. August“ Der bisher größte Kriegsverbrecherprozess in Deutschland, in dem elf deutsche Zivilpersonen, darunter zwei Frauen, angeklagt waren, sechs notgelandete amerikanische Flieger zu Tode gemartert zu haben, wurde hier am Dienstag mit der Verurteilung von sieben Angeklagten zum Tode beendet...

Am 26. Juni vorigen Jahres - also 1944 - hatten sechs amerikanische Flieger nach einem Nachtangriff auf Darmstadt in der Nähe von Rüsselsheim niedergehen müssen. Am Morgen wurden sie von einem deutschen Wachtposten abgeführt, der führte durch Rüsselsheim.

Sofort sammelte sich eine größere Menge an, die den Zug begleitete. ...: „Reißt sie in Stücke, schlägt sie tot, sie haben unsere Wohnungen zerstört!“ Diese Rufe waren das Signal, die ... Verurteilten fielen über die wehrlosen Gefangenen her, warfen sie zu Boden, traten sie mit Füßen, schlugen auf sie mit Heugabeln, Schaufeln, Hämmern,

und Ziegelsteinen ein, zum Teil bereits tot, sterbend wurden sechs amerikanische Flieger stundenlang liegen gelassen und schließlich in ein Massengrab geworfen...

Der Rüsselsheimer evangelische Geistliche ... erklärte als Zeuge: „Ich bin nicht gegen die Misshandlung der amerikanischen Flieger eingeschritten, da es nicht meine Angelegenheit war!“

Gnadengesuche der sieben zum Tode Verurteilten wurden abgelehnt, die Todesstrafe für die beiden verurteilten Frauen wurde in Haftstrafen zu 30 Jahren Gefängnis umgewandelt. Fünf Urteile wurden Vollstreckt – auch die erst später verhängten Todesstrafen für zwei Rüsselsheimer, die ebenfalls an den Lynchmorden beteiligt, aber erst später identifiziert und vor Gericht gestellt worden waren.

Was aber geschah mit NS-Funktionären und Parteimitgliedern?

Die Entnazifizierung – oder doch deren Versuch – begann noch 1945. Die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition hatten auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 in einem 5-Punkte-Katalog festgelegt: Mitglieder der NSDAP müssen aus dem öffentlichen Dienst und aus Leitungsfunktionen der Wirtschaft entfernt werden. Betroffen waren im ehemaligen Deutschen Reich 8,5 Millionen NS-Parteigenossen.

Dies führte im Juli 1945 in der amerikanischen Besatzungszone, also auch in Hessen, zu Direktiven und Fragebögen, die alle Betroffenen auszufüllen hatten: als ehemalige Parteimitglieder und NS-Funktionäre hatten sie über ihre Funktion und ihr Verhalten während des Naziregimes Auskunft zu geben.

Im September 1945 verordnete das erste Entnazifizierungsgesetz, das damals oft zitierte „Gesetz Nummer 8“ das Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in geschäftlichen Unternehmen und für andere Zwecke mit Ausnahme der Beschäftigung als gewöhnliche Arbeiter“.

Der amerikanische Journalist Freeman, Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung, schrieb in seinem 1947 erschienenen Buch über das „neue Hessen“ und das beginnende „Ausieben“ der ehemaligen Parteigenossen:

„Am 26. September 1945 ging die Bombe hoch: das denkwürdige Gesetz Nr. 8 traf die deutsche Bevölkerung ... Jede Phase öffentlichen Lebens war einbezogen: Schulen, Gerichte, Kirchen, Krankenhäuser, Handel und Industrie, Verwaltung, Zeitungen und die Unterhaltung...“

Viele von jenen, die in der Folge von einschlägigen Nachforschungen entlassen worden waren, zeigten keine Bereitschaft, sich in Bescheidenheit mit ihrem Schicksal abzufinden. ... Sie überfluteten die Büros der Militärregierung voll von Klagen und Rechtfertigungsversuchen...

(einer von ihnen schrieb) „ ... einen vierseitigen Brief an die Militärregierung, in dem er sie in jeder Zeile seiner jahrelangen anti-nazistischen Überzeugung versicherte. Und, offenbar geistesabwesend, schloss er seine Bitte mit dem gewohnten „Heil Hitler““
(Neumann, S. 304 – 306)

Auch der eben erst eingesetzte Oberbürgermeister Ludwig Metzger geriet in der Frage der Entnazifizierung mit der Militärregierung in Konflikt. Er weigerte sich, alle ehemaligen

Mitglieder der Nazipartei aus der Stadtverwaltung zu entlassen – er wollte, wie er später schrieb,

nur die „wirklich(en) Nationalsozialisten, die sich in verbohrter Ideologie schlecht benommen hatten oder korrupt waren“, entlassen – die Opportunisten und Schwachen, so meinte er im Interesse einer funktionsfähigen Verwaltung behalten zu müssen. „Ich kenne meine Darmstädter besser“, beharrte er, „...doch der zuständige Offizier blieb auf seinem Standpunkt...“

Der OB wurde im Herbst 1945 von der Militärregierung entlassen, im Januar 1946 dann doch wieder eingesetzt.

Auch aus der Distanz von 70 Jahren bleibt die Frage:

„Aufbau eines neuen, demokratischen „Deutschland nach Hitler“ – wie sollte, wie konnte dieses Ziel mit vielleicht kompetenten, aber opportunistischen und gar nicht so harmlosen Mitläufern eines verbrecherischen Regimes erreicht werden?

Station 7: Erste Schritte des politischen Neuaufbaus:

Zulassung politischer Parteien

Neubeginn der Gewerkschaften

Mitglieder aus SPD, dem Zentrum, der KPD und Liberale hatten auch während der Nazi-Zeit untereinander Beziehungen aufrechterhalten. Diese wurden verstärkt, als das Verbot der Bildung von Parteien in der amerikanischen Zone zum 1. September 1945 aufgehoben worden war. Die Ankündigung der Amerikaner bezeichnet die Säuberung von den Nazis als so weit fortgeschritten, dass Wahlen vorgenommen und der Bevölkerung größere Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden können.

Ludwig Metzger schreibt in seinen Erinnerungen „In guten und in schlechten Tagen“ als Sozialdemokrat:

„Die Ereignisse nach dem nationalsozialistischen Zusammenbruch waren so turbulent, dass es schwerfällt, sie alle nachzuvollziehen. Meine Terminkalender zeigen mir, an wie viel Stellen ich mich engagiert hatte. Es ging ja nicht nur darum, als Oberbürgermeister eine gute Verwaltung aufzubauen. Die Menschen mussten dafür gewonnen werden, die neue Freiheit zu erkennen und richtig zu gebrauchen. Ich sprach in vielen Versammlungen der Sozialdemokraten. Die Aufgeschlossenheit war groß und in vielen Einzelgesprächen kam ich Zuhörern nahe.“ (S. 110f)

Als religiöser Sozialist meinte ich, dass die überzeitlichen Erkenntnisse von Karl Marx bewahrenswert seien. Christentum und ökonomische Geschichtsauffassung, nämlich die Erkenntnis, dass die materiellen und ökonomischen Verhältnisse einen entscheidenden Einfluss auf den Menschen und seine Geisteshaltung hätten, stünden durchaus nicht im Widerspruch zu einander. Anders dagegen der weltanschauliche Materialismus.“ (S. 110)

Die erste Großkundgebung der Darmstädter Sozialdemokraten, die von 6.000 Personen besucht war, fand im Reichsbahnausbesserungswerk statt. Unter anderem sprach der Vorsitzende der SPD in Darmstadt. „Er beschäftigte sich besonders mit den Jahren der Herrschaft der Nationalsozialisten, die zwangsläufig zur Katastrophe führen musste und erläuterte die Vorstellungen seiner Partei. Diese Rede war durchdrungen von der Forderung, dass die Einigkeit der Arbeiterschaft das dringendste Gebot der Stunde sei.“ (Moritz Neumann, 1945 nachgetragen, S. 326)

Philipp Benz aus Arheilgen, war bis 1935 als Kommunist politisch verfolgt, dann im Überland-Leitungsbau untergetaucht. Auf abenteuerlichen Wegen ist er durch die Frontlinien im Juni 1945 nach Darmstadt zurückgekehrt. Er schreibt in seinen „Erinnerungen 1912-1956“ für die KPD:

“ Zuerst suchte ich die Verbindung zu meinen ehemaligen Genossen, die sich zum größten Teil wieder zusammengefunden hatten und mir die Aufgabe übertrugen, die Partei in den Orten, die von mir bis 1933 als Instrukteur betreut worden waren, neu zu organisieren. Das gelang leichter als ich dachte, denn ich kannte alle wichtigen Genossen persönlich. Die größte Überraschung war der Mitgliederzuwachs unserer Parteigruppe in Arheilgen. Bis 1933 hatte sie aus elf Genossen bestanden. Nun zählten wir 50-60 Mitglieder. Wie wir bald feststellen mussten, wurden einige dieser Neuen auch von eigennützigen Motiven geleitet. “ (S. 61)

„In den Nachkriegswochen und –monaten war es vorherrschende Meinung, dass es keine Spaltung der Arbeiterklasse mehr geben dürfe. Alle unsere Bestrebungen waren darauf gerichtet, gemeinsame Organisationen zu schaffen, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam arbeiteten. So entstanden Bürgerausschüsse in der Stadt. Anlässlich der Amtseinführung des neuen Bezirksverwalters im Stadtteil Arheilgen wurde ich von führenden aktiven Sozialdemokraten mit der Versicherung begrüßt, dass wir, d. h. Sozialdemokraten und Kommunisten, als gemeinsame Partei einen sozialistisch geprägten Staat aufbauen wollen. “ (S. 61f)

Unter dem Namen Christlich-Demokratische Union hat sich in Darmstadt eine neue politische Partei auf christlicher Grundlage gebildet und bei der Militärregierung angemeldet. Wie fast überall in Deutschland gehörten hierzu: das Zentrum, Christlich-Sozialer Volksdienst, demokratische Kreise, Bekenntnisfront, Christliche Gemeinschaftskreise und als Besonderheit in Darmstadt, die Deutsche Aufbau-Bewegung. Die Anmeldung wurde unter anderem unterzeichnet vom Vorsitzenden Georgi und seinem Stellvertreter Heinrich von Brentano (dem späteren Bundesaußenminister). (Moritz Neumann, 1945 nachgetragen, S. 313) Brentano war Mitverfasser der [„Frankfurter Leitsätze“ vom 15. September 1945](#). Die Leitsätze forderten eine überkonfessionelle Volkspartei auf christlicher Grundlage mit stark sozialen, teilweise sozialistischen Forderungen. Als diese überkonfessionelle Partei unter dem Namen Christlich Demokratische Union ins Leben gerufen wurde, gehörte Brentano in Darmstadt zu den Gründungsmitgliedern. (google: Konrad-Adenauer-Stiftung, Geschichte der CDU)

In den Frankfurter Leitsätzen, im Teil „Sozialismus und Eigentum heißt es:

„Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wollen ferner, dass die Wirtschaft im Großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch Fehlanlagen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten, und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann. Deshalb wollen wir vor allem eine öffentliche Kontrolle und Lenkung der Kapitalanlage, soweit ein Interesse der Allgemeinheit daran vorliegt. “

Nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften 1933 und der Verfolgung vieler ihrer Mitglieder und Funktionäre war nach der Befreiung die Hoffnung groß, die Gewerkschaften so schnell wie möglich wieder aufbauen zu können. Das alte Gewerkschaftshaus in der

Bismarckstraße war 1944 durch Bomben völlig zerstört worden. In einer Bekanntmachung hatte General Eisenhower schon im Dezember 1944 angekündigt: Die deutschen Arbeiter werden sich, sobald die Umstände dies erlauben, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen. Der Historiker der Darmstädter Gewerkschaften, Lutz Ewald, berichtet:

„Am 10. April 1945 ... trafen sich die ehemaligen Gewerkschafter Kurt Ziege, Gottfried Baßler und Friedrich Stahl, um den Wiederaufbau der Gewerkschaften im Bezirk Starkenburg zu beraten. Nach und nach meldeten sich die früheren Kolleginnen und Kollegen... Auch Albert Mayer (Gewerkschaftssekretär vor 1933) kehrte Anfang Mai nach Darmstadt zurück. Albert Mayer erinnert sich: „Dort ging ich am 04. Mai zu ... Ludwig Metzger und fragte: ‚Was kann ich beim Wiederaufbau helfen? Ludwig Metzger sagte: ‚Du baust die Gewerkschaften auf.‘“

Die drei genannten Männer – unter ihnen der aus Dachau zurück gekehrte Gottfried Baßler – waren alle an dem langwierigen, sich weit in das Jahr 1946 hinziehenden Aufbauprozess beteiligt. Im September 1945 erteilte die amerikanische Militärregierung eine erste Genehmigung zum mühsamen Start in den Neubeginn demokratischer Gewerkschaftsarbeit.

Station 8: Die Lager

„Lager“ – bislang ein Schreckensbegriff aus der Nazizeit. Nach der Befreiung entstehen in Darmstadt wie in der gesamten amerikanischen Besatzungszone nun Lager ganz anderer Art:

- die einen dienten der Internierung der ehemaligen Diener des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates – mit dem „hehren“ Ziel der Entnazifizierung.
- die anderen vor allem der Unterbringung ehemaliger Zwangsarbeiter – der Displaced Persons

Das Lager für diese Displaced Persons (den sog. DPs) errichtete man auf der Ludwigshöhe mit 11000 Menschen aus Russland, Polen, Rumänien, Belgien.

Die Quellen belegen immer wieder die Furcht vor den befreiten Arbeitssklaven:

Brief einer Darmstädter Mutter aus Eberstadt an ihre Tochter vom 5. und 15. Juni 1945:

„... Am Palmsonntag früh um 7.30 Uhr kam der erste Panzerspähwagen durch die Villenkolonie (Eberstadt) geschlichen und seither sind wir amerikanisch... Auf unserer Straße ist eine Völkerwanderung von Menschen, die abenteuerliche Wanderungen heim unternehmen. Am schlimmsten war aber die Russenplage (die befreiten Zwangsarbeiter). Über Ostern war ein richtiger Selbstschutz der Kolonie aufgestellt, um den plündernden Russen mit Stuhlbeinen und Knüppeln begegnen zu können... Die Kasernen am Wald und auf der Marienhöhe sind nämlich das Sammellager für ausländische Zivilarbeiter für ganz Starkenburg geworden... “ (DE 15. Juni 1985)

Das zentrale NSDAP Lager, Camp 91 Organisationen mussten 1945 den öffentlichen Dienst und ihre Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft – wie wir vor ein paar Minuten schon gehört haben - verlassen. Einfache und höhere Funktionsträger des Regimes, der SS und der SA wurden, sofern sie nicht untergetaucht oder geflohen waren, auf Grund automatischer Arrestvorschriften festgenommen und interniert. Auf dem ehemaligen Kasernengelände auf dem heutigen Kavalleriesand (heute stehen dort die Telecom-Gebäude) errichtete die US-Militärregierung ab März 1945 das zentrale Internierungslager „Camp 91“, das mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben war. Dort warteten Angehörige der NSDAP, der SS, der Waffen-SS, der SA und Gestapo auch aus Darmstadt auf ihre Entnazifizierung. Zu ihnen gehörten u.a. der ehemalige Himmler-Adjutant und General der Waffen-SS Karl Wolff und der Auschwitz-Täter Hans Stark. Zum Lager, das endgültig 1950 aufgelöst wurde, gehörte auch ein abgetrenntes Lager für Frauen.

Station 9: Oktober 1945 erste demokratische Regierung

Militärregierung Deutschland-Amerikanische Zone

Proklamation Nr. 2

An das deutsche Volk in der amerikanischen Zone:

Ih, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlaube hiermit folgende Proklamation:

Artikel I

Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet:

Groß-Hessen

umfasst Kurhessen und Nassau (einschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberes Rheingau, Unterer Rheingau, Lützelahn und Sankt-Gereonshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhesen;

Württemberg-Baden

umfasst die Kreise Aalen, Becknang, Böblingen, Crailsheim, Esslingen, Gmünd, Göttingen, Heilbronn, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen nördlich der Autobahn, Oehringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen, Waiblingen, den Landeskommunikationsbezirk Mannheim und die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim Stadt und Land;

Bayern

umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.

Artikel II

Soweit das deutsche Recht das zur Zeit der Besetzung in Kraft war, nicht durch die Militärregierung oder den Kommandanten für Deutschland aufgehoben, zeitweilig außer Kraft gesetzt oder abgeändert worden ist, bleibt es in jedem Staatsgebiete der amerikanischen Besatzungszone anwendbar, bis es durch neue Gesetzgebung des Kommandanten für Deutschland oder der Militärregierung oder der hierdurch gebildeten Staaten oder eines anderen zuständigen Organs aufgehoben oder außer Kraft gesetzt worden ist.

Artikel III

1. Jeder der hierdurch gebildeten Staaten hat unter Vorbehalt der übergeordneten Machtfelgenisse der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, soweit deren Ausübung nicht mit früher und zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kommandanten für Deutschland oder einer von diesem ernannten zentralen deutschen Behörde im Widerspruch steht.

2. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein wird, genügt es für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung, daß sie von dem Ministerpräsidenten genehmigt und verkündet wird.

Artikel IV

Die Befugnis zur Gesetzgebung und zur Ausübung anderer Regierungsgewalten durch Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister und andere Beamte örtlicher Verwaltungen wird in dem folgenden Umfang anerkannt: Diese Befugnisse werden den vorgenannten Beamten nach Maßgabe des deutschen Rechts zu, wie es zur Zeit der Besetzung in Kraft war und wie es zu gegebener Zeit durch den Kommandanten für Deutschland oder durch die Militärregierung oder mit deren Genehmigung abgeändert worden ist oder abgeändert wird. Außerdem haben sie die Befugnisse, die notwendig oder angemessen sind, um die Aufgaben, deren Erfüllung ihnen von der Militärregierung übertragen wird, zu erfüllen.

Datum: 19. September 1945

DWIGHT D. EISENHOWER

General of the Army, U.S.A.
Oberster Befehlshaber der
Amerikanischen Streitkräfte
in Europa.

In der 2. Proklamation Eisenhowers (vom 19. September 1945) wurden Entscheidungen für Hessen verkündet: Aus den ehemaligen preußischen Provinzen Kurhessen und Nassau mit der Hauptstadt Kassel und aus dem „Volksstaat Hessen“ mit der Hauptstadt Darmstadt wurde das heutige Land Hessen **mit Wiesbaden als Landeshauptstadt**. (Ohne das zur französischen Besatzungszone gehörende Rheinhessen und Montabaur.):

Bürgermeister Reiber nannte im Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 25. März bis zum 31.12.1945 die negativen Folgen für Darmstadt: die Abwanderung von Beamten und Angestellten und die Verlegung hoher und höchster Dienststellen und Behörden. Er befürchtet, dass

„uns mit der Zeit alles genommen wird, was das Wörtchen „Landes-“ vorwegführt. Es wäre denkbar, dass man uns das Landestheater, die Landesbibliothek, das Landesmuseum und viele andere staatliche Einrichtungen wegnimmt und damit den Lebensnerv unserer Stadt aufs ernsteste gefährdet.“ (Darmstädter Echo 16.01.1946)

Dagegen Fritz Deppert:

„Das vom Krieg wenig berührte Wiesbaden hat einen repräsentativeren Anblick und bessere Unterbringungsmöglichkeiten für Behörden geboten als der Trümmerhaufen Darmstadt.“

Ob die damals lebenden Darmstädter nun Verbitterung empfanden oder ob sie dies als endgültige Zerstörung der ehemaligen Nazi-Hochburg gesehen haben, deren braune Herren der ehemaligen Residenzstadt in 12 Jahren ihrer Herrschaft alle Kultur und jeden demokratischen Geist mit Terror und Hybris ausgetrieben hatten – wissen wir nicht. Die Entscheidung der amerikanischen Militärregierung gilt bis heute und dürfte auf lange Sicht Bestand haben. (Darmstadts Geschichte, S. 494)

Am 19. Oktober 1945 wurde die erste hessische Landesregierung mit Karl Geiler, einem parteilosen Professor aus Heidelberg, als Ministerpräsident eingesetzt. Bei der Feier sprachen *Oberst Newman, als Leiter der hessischen Militärregierung und Karl Geiler*. Newman bedankt sich bei *Ludwig Bergsträßer, dem Leiter deutschen Regierung der Provinz Starkenburg*: Bergsträßer entsprach dem Willen der Alliierten, indem er für verschleppte Personen sorgte, erste Schritte unternahm, den Opfern der Nazi-Verfolgung zu helfen, den Nazismus und Militarismus auszurotten und den Wiederaufbau des zivilen Lebens auf einer demokratischen Basis zu beginnen.“ *Karl Geiler*: bedankte sich für die Schaffung des einheitlichen Landes Hessen. Damit sei ein lebensfähiges Gebilde entstanden. (Moritz Neumann, 1945 nachgetragen, S.325)

Eugen Kogon, der das KZ Buchenwald überlebt hatte und nach 1945 Hochschullehrer an der TH Darmstadt wurde, fasste im Rückblick zusammen:

„... Als vorparlamentarisches Gremium berief (Karl Geiler) einen Beratenden Landesausschuss, der sich aus ... Vertretern der ... politischen Parteien zusammensetzte. Die Kommunisten, die positive Mitarbeit an der westliche n Demokratie zusagten, wurden am 13. Dezember ..., die SPD und die CDU am 26. Dezember zugelassen (die Liberaldemokraten im Januar)... Man kann nur staunen, dass die Bevölkerung Hessens ...inmitten der erschreckenden Tagesprobleme die Bildung eines großhessischen Staates ... unzweideutig bejahte.“
(Quelle: Eugen Kogon, in: Die Geschichte Hessens, 1983, S. 250)

Neben den Tagesproblemen der Trümmerbeseitigung, Existenzerhaltung, der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit - so fährt Kogon fort - lastete die Frage der „politischen Säuberung“ auf der Entstehung der westdeutschen Demokratie – in Hessen, auch in Darmstadt. Hier, in der ehemals „braunen Hochburg“ in Hessen, waren die vielen Mitläufer erhalten geblieben, die bis vor Kurzem noch gefürchteten Machthaber hatten Selbstmord begangen oder sich aus dem Staub gemacht – die wenigen Nicht-Nazis, die wenigen Antifaschisten mussten „inmitten der erschreckenden Tagesprobleme“ zusammen mit den Befreiern den Weg in ein „Deutschland nach Hitler“ finden.

Schluss

Lesung eines Gedichts von Alexander Haas

Basisliteratur:

Deppert: Darmstadts Geschichte, S. 483 ff.; Katalog „Darmstadt in der Stunde Null“;
Neumann: 1945 Nachgetragen; Philip Benz: Erinnerungen; Knieß: Hurra wir leben noch.
Darmstadt 1945

(Darmstädter Geschichtswerkstatt)